H 20079

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (vormals WSL-D)

35. Jahrgang Nr. 2 März / April 2004

„Was würden die Amerikaner davon halten, wenn die Deutschen sagten, der Holocaust sei zwar furchtbar gewesen, wirklich wichtig aber sei die Errichtung einer Berliner Gedenkstätte für die amerikanischen Negersklaven?"

(aus Peter Novick, „Nach dem Holocaust", S. 10)

Die verbrecherische Politik der USA

Immer deutlicher und offener wird über die verbrecherische Politik der USA auch in offiziellen Medien berichtet. So findet sich erstaunlicherweise in der **Beilage zum Parlament vom 23. Februar 2004** ein sehr ausführlicher Beitrag von **Mangol Bayat-Philipp** über „Die Beziehungen zwischen den USA und Iran".

Zu der Verfasserin wird gesagt: emeritierte Professorin, Lehrtätigkeit an den Universitäten von Shiraz (Iran), Harvard (Iowa), Bonn, Jerusalem und am Massachusets Institute of Technology.

Frau Bayat-Philipp gibt einen historischen Überblick über die Beziehungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleich zu Beginn zitiert sie den amerikanischen Experten für den Iran im 20. Jahrhundert, Richard Cottam, der bei einem Symposium in Washington 1994 folgendes sagte:

> „Am 19. August 1953 machte die amerikanische Regierung einen Fehler von wahrhaft tragischen, historischen Ausmaßen. Wir beteiligten uns am Sturz des Regimes im Iran, der, wie ich denke, unser natürlicher, strategischer und ideologischer Verbündeter war. Die Eisenhower-Regierung mißverstand die Situation und eliminierte eine liberal-nationalistische Elite, in dem sie die Durchführung des Putsches gegen Dr. Mossaddeq unterstützte."

Die verstärkte Einflußnahme der USA im Orient wird folgendermaßen von Frau Bayat-Philipp erklärt:

> „Vor dem Hintergrund sowjetischer Kernwaffentests und der Etablierung einer kommunistischen Regierung in China entwickelten US-Regierungsvertreter eine aggressivere Strategie zur Eindämmung des sowjetischen Expansionismus."

Um ein weiteres China im Iran zu verhindern, wurde ein Vier-Punkte-Programm entwickelt, „das darauf zielte, der USA eine entscheidende Rolle in innenpolitischen Angelegenheiten Irans zu sichern."

Zu dieser Zeit war **Mohammad Mossaddeq** Premierminister, ernannt 1951. Gleichzeitig war der Schah Hauptverantwortlicher für die Politik. Mossaddeq wollte die iranischen Ölvorkommen nationalisieren, die bis dahin im Rahmen der sog. Anglo-Iranian Oil-Company in britischem Besitz waren. Mossaddeq hatte eine große Popularität im Iran bei einer inzwischen sehr weit entwickelten Bürgerschicht:

> „Eine wachsende Arbeiterklasse, eine nationalistisch gesinnte Schicht von Händlern und eine militante Schicht von Oberschülern und Universitätsstudenten bildeten ein eindrucksvolles, die Klassengrenzen überschreitendes Wählerpotential für die „Nationale Front" (die Dachorganisation von Mossaddeq)."

Hätten die USA zu diesem Zeitpunkt im Iran nicht eingegriffen, so fährt Frau Bayat-Philipp fort, dann wäre der Sturz Mossaddeqs höchstwahrscheinlich nicht gelungen. Anschließend schildert sie die Vorgehensweise der Amerikaner, und zwar ihrer Geheimagenten, die dort infiltriert waren.

> „Diese inszinierten fingierte kommunistische Demonstrationen und produzierten abscheuliche Taten, um in der Öffentlichkeit Angst vor der Gruppierung zu schüren."

Und derartige Vorgehensweisen werden bis heute an vielen Orten der Welt von dieser „Weltmacht Nr. 1" durchgeführt.

Es gelang somit zum ersten Mal in dieser Region, daß die USA eine ausländische Regierung stürzten. Dieser Putsch markierte den Beginn einer politischen Vorherrschaft der USA im mittleren Osten, und zwar auf Kosten des eigenen Verbündeten Großbritanniens.

Insbesondere nachdem die Brüder John und Allen Foster Dulles die Kontrolle der amerikanischen Außenpolitik übernommen hatten, der eine als Außenminister, der andere zunächst als stellvertretender Direktor und später Direktor der CIA, diente Iran als Testfall. Das Land sollte ein Satellitenstaat werden.

Nun begann das uns inzwischen aus verschiedenen Teilen der Welt bekannte Spiel des US-Geheimdienstes CIA in schöner Gemeinschaft mit dem israelischen Geheimdienst Mossad. Es wurde das berüchtigte Instrument des Pahlevi-Regimes zur Kontrolle aller Bereiche des öffentlichen Lebens SABAK eingerichtet und ausgebildet.

Dann kam das Revolutionsjahr 1979: Der Schah mußte fliehen, die Mullahs, an ihrer Spitze Khomeini, übernahmen die Herrschaft, und die amerikanische Botschaft wurde besetzt, ein Geiseldrama, das 444 Tage andauern sollte.

Als Begründung für diese Revolution werden in dem Aufsatz angegeben:

> „1. Der Sturz von Mossaddeq habe das Versagen des weltlichen Nationalismus als Ideologie für die iranischen Massen unterstrichen."
>
> 2. Eine zu rasche Modernisierung hatte das soziale Gefüge der iranischen Gesellschaft zerrissen.
>
> 3. Die Brutalität des von Amerikanern und Israelis trainierten Geheimdienstes SABAK, die weit verbreitete Korruption und die dunklen Geschäfte des Regimes mit westlichen Unternehmern."

Diese drei Faktoren wurden vielfach beschrieben.

Alle diese Ereignisse sind dem politisch interessierten Leser noch in Erinnerung. Sie sind also nicht neu. Neu und erstaunlich ist dagegen, daß diese verhängnisvolle Rolle der USA im Orient in der **Beilage zum Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,** heute so offen zugegeben wird.

Wie eng die Verknüpfungen zwischen dem Iran und der USA waren, wird aus folgenden beiden Abschnitten, die wir daher ganz zitieren, erkenntlich:

> „Die Einzelheiten der Verhandlungen, die schließlich zur Freilassung der amerikanischen Diplomaten führten, wurden erst nach dem Ende von Reagans Präsidentschaft bekannt. In der Amtszeit von George Bush sen. nahm sich Gary Sick, Mitglied des nationalen Sicherheitsrates unter Carter und verantwortlich für die Iran-Politik, viel Zeit für eine gründliche Untersuchung. Seine Analyse – zunächst in Form einer Kolumne in der „New York Times" veröffentlicht – bestätigte einige der wildesten Gerüchte, die im Herbst 1980 kursierten. Reagans Wahlkampfmanager hatten einen Geheimdeal mit einigen Beamten Khomeinis geschlossen: Militärische Hilfe und Waffenlieferungen als Gegenleistung für eine **Verschiebung der Freilassung der Geiseln bis nach den US-Präsidentschaftswahlen**. Um „Überraschungen" auszuschließen, hatten Reagans Männer die diplomatischen Bemühungen Carters sabotiert und die Rettung der amerikanischen Diplomaten unnötig hinausgezögert. Der Bericht Sicks erschütterte die politischen Zirkel Washingtons. Denn das umstrittene Buch brachte auch George Bush sen. ins Spiel, der als Vizepräsident angeblich von den geheimen Treffen mit iranischen Abgesandten in Europa wußte. Dementis und Anschuldigungen folgten, und noch immer halten viele die Enthüllungen Sicks für eine Konspirationstheorie. Waren sie das?"

(Vergleiche ebenfalls von Sick „October Surprise: American Hostages and the Election of Ronald Reagan", New York 1991)

In dem zweiten Absatz, der sich mit der verhängnisvollen Außenpolitik der USA befaßt, heißt es:

> „Der internationale Skandal während der Amtszeit Reagans schien eine beunruhigende Tatsache zu bestätigen: **die Existenz einer geheimen Außenpolitik**. Im Dezember 1986 veröffentlichte eine schiitische Zeitung in Beirut eine Geschichte, die beinahe zur Amtsenthebung des US-Präsidenten geführt hätte. Der Bericht betraf amerikanische Geiseln, die im Südlibanon von radika-

AUS DEM INHALT Seite

len schiitischen Gruppen festgehalten wurden. In dem Artikel war von **geheimen Verhandlungen zwischen Beamten des Weißen Hauses, israelischen und iranischen Regierungsvertretern, libanesischen, iranischen, saudischen und israelischen Mittelsmännern und internationalen Waffenhändlern** die Rede. Demnach hätten die Amerikaner zugesichert, Waffen und Ersatzteile für militärisches Gerät im Austausch gegen die Geiseln zu verkaufen. Diese Geheimtreffen fanden zu einer Zeit statt, als Washington lauthals verkündete, es lehne Verhandlungen mit Gruppierungen und Regierungen, die internationales Recht mißachteten, kategorisch ab. Berichten zufolge verwendete die US-Führung die Gewinne, um die Untergrund-Aktivitäten der Contra-Rebellen in Nicaragua zu unterstützen, **was der US-Kongreß verboten hatte**. Der Iran-Contra-Skandal brachte verfassungswidrige Handlungen ans Licht, die im Weißen Haus geplant und entschieden worden waren: die illegale Finanzierung von CIA-Operationen, die noch geheimer als üblich waren, und die Einmischung nicht gewählter Beamter in hochempfindliche internationale Angelegenheiten."

Das besondere an diesem ausführlichen Aufsatz in der Beilage zum Parlament besteht auch darin, daß er zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht wird, ein Zeitpunkt, in dem der Iran mit Irak und Nord-Korea von dem jetzigen amerikanischen Präsidenten bereits bei seiner Antrittsrede in seinem Amt als „Achse des Bösen" bezeichnet worden ist, und der nach dem Überfall auf den Irak jetzt mit Sanktionen und Einmischung in die Innenpolitik des Iran beginnt.

Gegen Ende des Beitrages befaßt sich Bayat-Philipp auch mit dem Irak-Krieg. Wörtlich heißt es:

„Inzwischen ist deutlich geworden, daß er (Bush jun.) einen Krieg gegen Irak von Beginn seiner Regierungszeit an als notwendig erachtete. Bushs Kabinett und sein Beraterkreis bestehen aus Neokonservativen, die nun ihre Agenda umsetzen: globale Hegemonie durch einseitige Handlungen sowie eine Verteidigungsstrategie, die weniger als in der Vergangenheit auf Europa und die Vereinten Nationen baut, und auf einer manichä-ischen Weltsicht beruht. In seiner Rede zum Amtsantritt bezeichnete Bush Iran, Irak und Nord-Korea als „Achse des Bösen". **Die Tragödie vom 11. September 2001 hat den Irak-Krieg nicht ausgelöst. Dieser stand bereits auf der Agenda der Neokonservativen.**"

Und als Anmerkung finden wir dazu folgende Notiz:

„Das „Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert" ist eine Gruppe, die 1997 gegründet wurde, angeführt von William Kristoll und Robert Kagan. Kagan schrieb zusammen mit Gary Schmidt und Thomas Donnelly den Bericht „Rebild Americas Defences", der im Jahr 2000 veröffentlicht wurde. Es ist dies die Ausarbeitung eines Entwurfes für eine Verteidigungsstrategie, die Dick Cheney 1992 verfaßt hatte, als er Verteidigungsminister in der Regierung von Bush sen. war. Letzterer hatte diesen Bericht rasch unterdrückt.

(Vergleiche A. Schlesinger, „Eyeless in Iraq", in New York Review of Books vom 22. September 2002.)

Die Throne von George W. Bush, Tony Blair und Gerhard Schröder wackeln. Sie wackeln bedenklich. Nicht nur in Deutschland beginnen viele Bürger, sich gegen Bevormundung, Überwachung und Überfremdung zu wehren. Auch in den USA wächst der Widerstand gegen diese anmaßende Politik. Als abschließendes Zitat noch einmal Gary Sick: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es nur zwei Staaten, die der amerikanischen Strategie zustimmten: die USA und Israel. Eine der Schwächen unserer Politik ist ihre Unverhältnismäßigkeit. Wir sind dabei, gegen den Iran sehr viel härtete Sanktionen zu verhängen, als wir gegen die Sowjetunion verhängt haben, die eine tatsächliche Bedrohung der amerikanischen nationalen Sicherheit darstellte, besonders auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges." (Middle East Policy Council, Washington D.C., 25. Mai 1995)

Ursula Haverbeck

Zwei Bücher zum Thema

Vom Verbündeten zum Feind

„Der US-Präsident Truman erklärte in seiner Rede am 6. März im Baylor College, Texas, seinen erstaunten Zuhörern, mit überraschender Offenheit, warum der Verbündete Rußland nun zum Feind der USA geworden sei: „ Der Grund war nicht die Furcht, daß die Sowjets einen Krieg entfesseln könnten, auch nicht die Polen-Frage oder die der internationalen kommunistischen Organisationen oder der ‚Eiserne Vorhang'; der wahre Grund war vielmehr die Furcht, daß die russische Planwirtschaft zwar ‚antiquiert' sei und ins 18. Jahrhundert gehöre, in das Zeitalter des Merkantilismus, aber dieses Zeitalter könne wiederkehren und ein Vorbild für zukünftige Wirtschaftssysteme hergeben. ‚Wenn wir nicht handeln und zu ganz entscheidenden Maßnahmen greifen, wird sie (die Planwirtschaft) das Vorbild für das nächste Jahrhundert hergeben.' Dadurch aber würden die vereinigten Staaten in eine sehr prekäre Lage geraten. Denn ‚früher oder später würden wir gezwungen sein, das gleiche System zu übernehmen, um Märkte und Rohstoffe zu gewinnen'. Das freie Unternehmertum würde dann verschwinden. Geschieht das aber, so würde die ganze Welt ‚unserer Freiheiten und Ideale zusammenbrechen'. ‚Die ganze Welt sollte daher das amerikanische System übernehmen.' Ja, die Situation sei für die Vereinigten Staaten sogar noch ernster, als sich aus diesen Worten ergebe. Denn ‚das amerikani-

sche System kann (selbst) in Amerika nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird'. Mit anderen Worten: Wir Amerikaner müssen unser System der ganzen Welt oktroyieren oder wir werden zugrunde gehen. Die Herrschaft, die wir über andere ausüben, ist die Voraussetzung für unsere eigene Existenz. Eine wahrhaft ernsthafte Situation. Aber sie ist für die Vereinigten Staaten nicht ernster als für jene Länder, die das amerikanische System übernehmen sollen, damit die Vereinigten Staaten leben können.

Es waren diese Erkenntnisse Trumans, die er in seiner Baylor-Rede zum Ausdruck gebracht hat, die die Richtlinien für die Europa-Politik der Vereinigten Staaten, vor allem die Deutschland-Politik, hergegeben haben.

Es ist unverkennbar, daß von Dulles und Vandenberg in San Francisco, von Truman in Potsdam und Hiroshima und von Churchill in Fulton das gleiche Ziel verfolgt worden ist: die Reversion der gesamten bisherigen Politik. Die Frage, die sich nun aufdrängt, lautet: Sind alle diese Aktivitäten von irgendeiner Stelle aus geplant und koordiniert worden? Hat es so etwas wie einen politischen Generalstab gegeben?"

(aus: L.L. Matthias, „Die Kehrseite der USA", Hamburg 1971, S. 126)

Chalmers Johnson: Ein Imperium verfällt
Wann endet das amerikanische Jahrhundert?, Blessing 2000

Einige bedeutende Zitate:

„Der Journalist Jon Lee Anderson berichtet über die amerikanische Politik in Chile: ‚Der Plan bestand nach freigegebenen Dokumenten der Regierung der Vereinigten Staaten darin, Chile unter (dem freigewählten sozialistischen Präsidenten Salvador) Allende unregierbar zu machen, ein soziales Chaos zu provozieren und einen Militärputsch herbeizuführen... Die Ziele wurden in einem Telegramm der CIA an ihren Stationschef in Santiago klar umrissen: ‚Das ausdrückliche Ziel bleibt, Allende durch einen Putsch zu stürzen... Wir wollen weiterhin den größtmöglichen Druck erzeugen und jedes geeignete Mittel einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Aktionen müssen unbedingt verdeckt und zuverlässig durchgeführt werden, so daß die Mitwirkung Amerikas und der US-Regierung absolut geheim bleibt.'" (Jon Lee Anderson, „The Dictator", The New Yorker, 19. Oktober 1998)

„Kein gewöhnlicher Bürger der Vereinigten Staaten wußte etwas von diesen Machenschaften. Der Staatstreich fand am **11. September** 1973 statt. Er führte zum Selbstmord Allendes und zur Machtergreifung von General Augusto Pinochet, dessen Anhänger unter den Militärs und der Beamtenschaft im Laufe seiner siebzehnjährigen Amtszeit um die viertausend Menschen töteten oder verschwinden ließen." (Seite 37)

„Die Türkei war während des Kalten Krieges wegen ihrer strategisch wichtigen Lage an der Grenze der ehemaligen Sowjetunion ein geschätzter Verbündeter und NATO-Partner der USA. Seither hat sich am Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei nichts geändert, obwohl die UdSSR inzwischen nicht mehr existiert.

Die Türkei ist nach Israel und Ägypten der drittgrößte Empfänger amerikanischer Militärhilfe und gehört zu den Ländern der Welt, die die meisten Rüstungsgüter der Welt importieren. Zwischen 1991 und 1995 kamen vier Fünftel dieser Rüstungsimporte aus den Vereinigten Staaten." (Seite 33)

Dieses Buch von Chalmer Johnson ist denen zu empfehlen, die einen Einblick in die US-Außenpolitik u.a. in Korea, China und Japan gewinnen wollen. Es macht überdeutlich, warum der Haß gegen die USA in der ganzen Welt wächst, aber es gibt auch Hoffnung, daß die Tage dieses Imperiums gezählt sind. Sein Ende rückt näher, vielleicht schneller als wir denken.

UHW

Die Geschenke der Engländer

Die Geschichte eines Volkes ist dessen Biographie. Jedes gegenwärtige Geschehen hat seine Wurzeln im Vergangenen. Irgendwo einen Schnitt machen und von da die Geschichtsbetrachtung beginnen, führt zwangsläufig zu einseitigen, wenn nicht falschen Ergebnissen, sobald eine Einzelheit in einen größeren Zusammenhang gestellt wird.

Geschichte hat immer eine Vorgeschichte

Der Ausbruch eines Konfliktes ist nicht mit der Ursache für dies Geschehen zu verwechseln. Dessen Lösung bedarf der Bereinigung der Ursache. Durch Symptombehandlung wird der Konflikt meist nur verlängert, und je größer der Abstand zur Ursache, um so unlösbarer wird das Problem.

Das gilt insbesondere für Palästina und Israel.

Die Geburtsstunde aller Staaten des Nahen und Mittleren Ostens liegt im 20. Jahrhundert, nach Ende des 1. Weltkriegsteiles. Was war davor? Es herrschte in diesem Raum seit dem 16. Jahrhundert der türkische Sultan, Herr des riesigen Osmanischen Reiches, das von Ägypten bis nach Persien reichte.

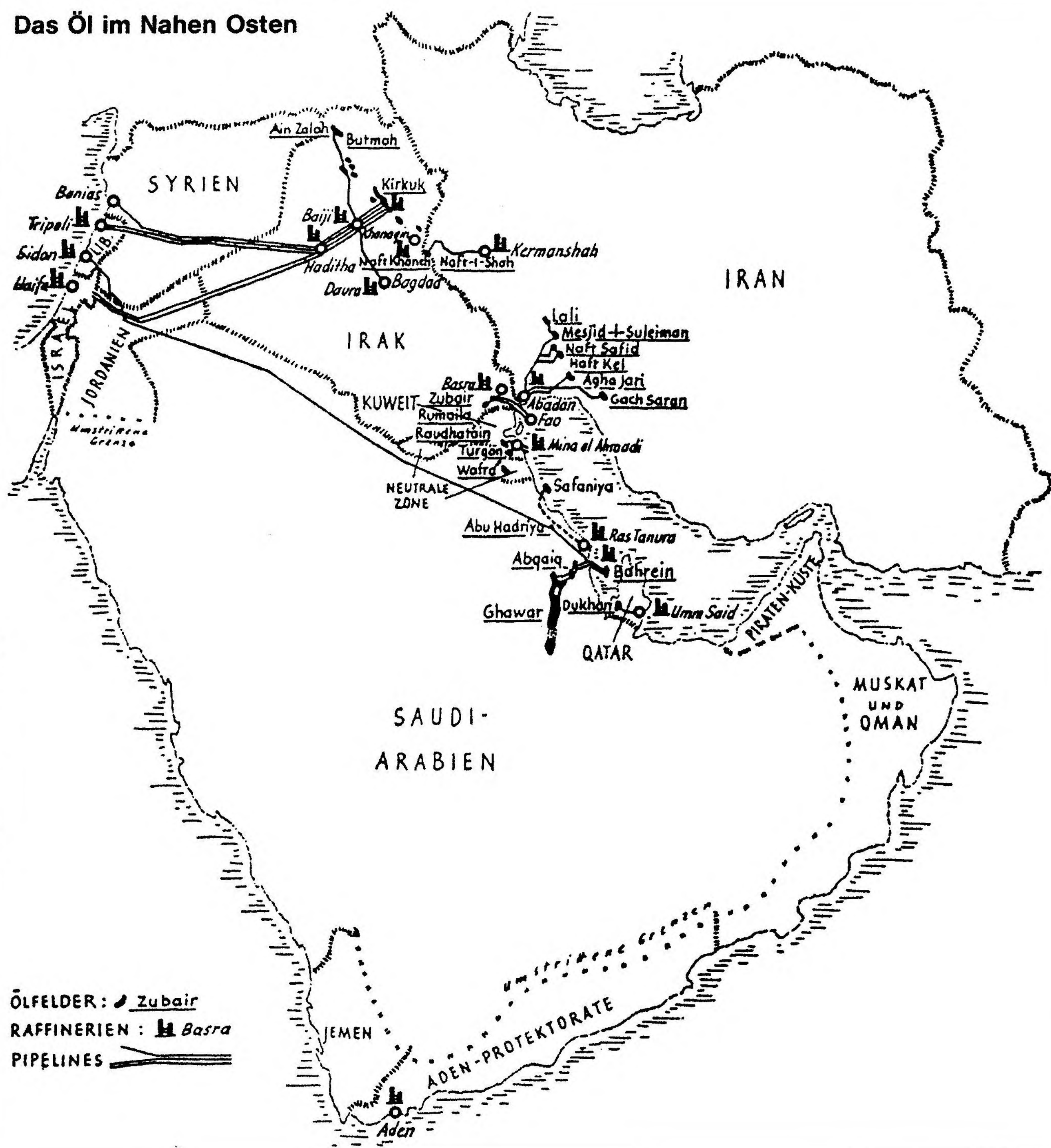
Chasaren und Zionisten

In Palästina lebten Araber und unter ihnen eine verschwindende Minderheit von semitischen Juden, die dort mehrfach Vertreibung überdauert hatten oder wieder eingewandert waren. Man darf davon ausgehen, daß von diesen palästinensischen Juden der Gedanke ei-

nes Judenstaates, wie ihn Herzl proklamiert, nicht ausgegangen ist. Diese Idee wurde vornehmlich von osteuropäischen Juden entwickelt, die Nachfahren eines Turkvolkes nördlich des Kaukasus sind, das bereits im 8. Jahrhundert die jüdische Religion als Staatsreligion angenommen hatte. Sie finden sich in den Völkerkundeatlanten usw. als Chasaren und ihr Staat als das Chasarenreich angegeben.

Nach der **jüdischen Enzyklopädie**, wie auch von **Disreali** und neuerdings von **Artur Köstler** in seinem Buch „Der dreizehnte Stamm" hervorgehoben, stammen etwa 90 – 95 % der heute lebenden Juden von den Chasaren ab. Köstler – selber Nachfahre der Chasaren – geht davon aus, daß in den sechziger Jahren von allen Juden der Welt nur noch 500.000 semitischer Abstammung sind. (A. Köstler, Der dreizehnte Stamm, Molden, München 1977, S. 210)

Die Vorstellung eines Judenstaates in Palästina nach zionistischem Konzept führte bereits 1882 zu einer ersten Einwanderung von Neubauern aus Osteuropa, bis 1914 kamen etwa 12.000 Bauernkolonisten und 1918 – 23 weitere ca. 50.000 Einwanderer, die alle hauptsächlich aus russischen und polnischen Dörfern stammten und vornehmlich jüngere Menschen waren. Ihnen folgten von 1924 – 26 polnisch-jüdische Kaufleute und Handwerker, die in Palästina Geschäfte und Industrien begründeten. Die ersten Einwanderungen bis 1918 fielen also noch in die Zeit des Osmanischen Reiches.



Die Türken kämpften im Ersten Weltkrieg auf der Seite der „Mittelmächte“: Deutsches Reich und Österreich-Ungarn. Die Engländer hatten nach Eröffnung des Suezkanals 1868 verschiedene Stützpunkte zur Sicherung ihres Seeweges nach Indien an der Küste der arabischen Halbinsel ausgebaut. Desgleichen hatten sie, wie auch die Amerikaner, nach den ersten Ölfunden im Nahen Osten 1908 großes Interesse daran, diese Gebiete unter ihren Einfluß zu bekommen. Sie versprachen daher im Ersten Weltkrieg den Arabern in den bekannt gewordenen **Hussein-Mac-Mahon-Briefen** ein Groß-Arabisches Reich, wenn sie ihnen gegen die Türken helfen würden. Die Araber gingen auf diesen Vorschlag ein und kämpften auf der Seite der Engländer gegen die Türken. Desgleichen aber versprachen die Engländer 1917 in der bekannten **Balfour-Declaration** den Zionisten eine jüdische Heimstatt in Palästina, also im arabischen Volksgebiet, wenn sie ebenfalls die Engländer im Krieg gegen die Mittelmächte unterstützen würden. Dies sollte vor allen Dingen die amerikanischen Juden gewinnen, von denen erwartet wurde, daß sie die amerikanische Regierung zum Kriegseintritt drängen würden.

Nicht eingelöste Versprechen

Die Engländer verschenkten also innerhalb von zwei Jahren ein Land, das ihnen nicht gehörte, gleich zweimal: einmal den Arabern unter dem Motto „Arabien den Arabern“ und zum anderen den Zionisten unter dem Motto "jüdische Heimstatt in Palästina". Wie ernst es ihnen mit diesem Gedanken war, geht aus dem dritten, in der gleichen Zeit getroffenen Abkommen, dem sogenannten **„Sykes-Picot-Abkommen“** hervor. In diesem Abkommen vom 16.5.1916 einigten sich die Engländer und Franzosen über die Aufteilung der arabischen Länder des Osmanischen Reiches in englische, bzw. französische Interessengebiete. Im „Großen Plötz“, als dem herkömmlichen wissenschaftlichen Geschichtslexikon, lesen wir dazu: „Die Araber erfahren in den nächsten Wochen fast gleichzeitig von der Balfour-Declaration und dem Sykes-Picot-Abkommen, daß die Bolschewiken mit anderen zaristischen Geheimdokumenten veröffentlichen. Zweifel der Araber werden durch mehrere Erklärungen zerstreut, in denen die britische Regierung sich erneut zur ‚vollständigen und souveränen Unabhängigkeit der Araber’ und zu einer Nachkriegsregelung nach dem **Prinzip der Zustimmung der Regierten** bekennt.” (Ausgabe 1980, S. 1087).

Als nach Beendigung des Ersten Weltkrieges sowohl Araber als Zionisten bei den Siegern (Engländer und Franzosen) ihren „Gutschein“ einlösen wollten, mußten sie zu ihrer Bestürzung feststellen, daß erstens das gleiche Land zweimal vergeben und zweitens gar keine Rede mehr davon war, einen selbständigen arabischen oder jüdischen Staat in dieser Region zuzulassen.

Versailles – San Remo

Während Europa sich mit Versailles und den daraus resultierenden Folgen befaßte, begann mit der Konferenz der Alliierten in **San Remo (19.-26.4.1920)** und dem daraus abgeleiteten **Friedensvertrag von Sèvres (10.8.1920)** im ganzen Vorderen Orient die Zeit der europäischen Mandatsherrschaft und Kolonisation.

Für Araber und Kurden war San Remo genau so verheerend und niederschmetternd wie Versailles für Deutschland und Deutsch-Österreich. In beiden Fällen stand hinter dem jeweiligen Vertrag als vorgeschobener Gedanke das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, in beiden Fällen wurde diesen Versprechungen Glauben geschenkt, in beiden Fällen wurden Abstimmungsergebnisse ignoriert und die Völker betrogen. Außerdem wurde in beiden Fällen ein Zankapfel geschaffen, der zwangsläufig einen neuen Krieg nach sich ziehen mußte: In Mitteleuropa Danzig als abgetrennt vom Reich und die Neuschaffung eines Mischstaates aus Tschechen, Slowaken, Ungarn und Sudetendeutschen – im Nahen Osten wurde der Stützpunkt Kuwait, den die Engländer schon zur Zeit des Osmanischen Reiches eingerichtet hatten, verselbständigt, obwohl zum Irak gehörig, und den Zionisten wurde eine begrenzte Einwanderung nach Palästina gestattet, was sehr bald zu ersten Vertreibungen von Palästinensern führte, wie die Vertreibung von Deutschen (1922-1938) aus Westpreußen und aus dem Sudentenland als Folge von Versailles.

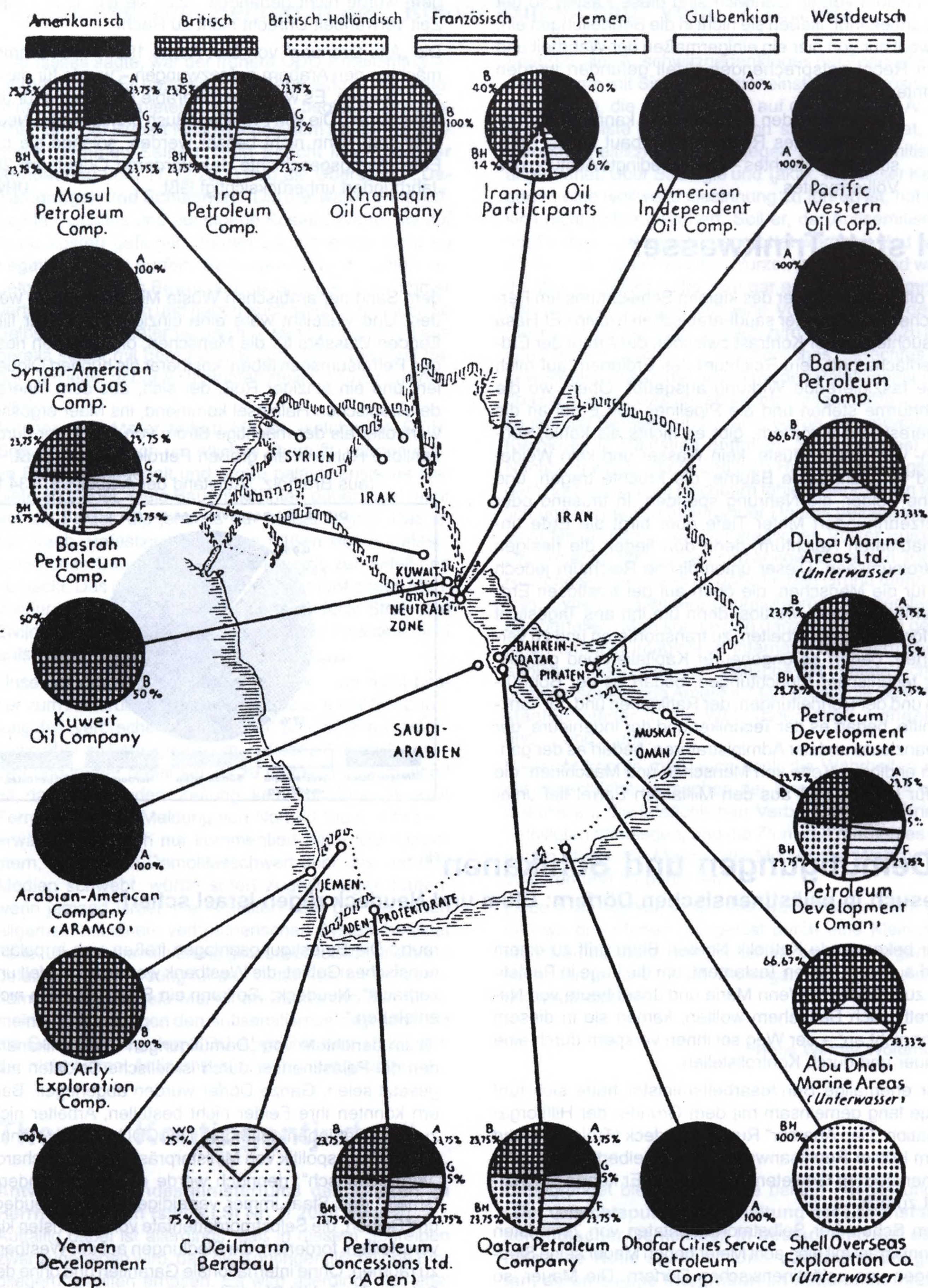
Die Judaisierung Palästinas

Bis zum Ersten Weltkrieg besteht die palästinensische Bevölkerung zu mehr als 90 % aus Arabern („Palästinenser“ heute genannt) und zu weniger als 10 % aus Juden. Es war vorgesehen, das englische Mandatsgebiet 1948/ 49 zu einem ungeteilten selbständigen Staat in enger Verbindung mit Großbritannien umzuwandeln. Gegen den Widerstand der Araber waren immer mehr Juden in Palästina eingewandert, obwohl die Engländer Begrenzungen festgesetzt hatten: nicht mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung sollten Juden sein. Diese Zahl wurde nach dem Zweiten Weltkrieg bereits überschritten, bedingt durch die Judenverfolgungen im 3. Reich. Die UNO setzte 1947 eine Kommission zur Erarbeitung eines Palästinakonzeptes ein, die „Sandström-Kommission“. Diese legte fest, daß Palästina in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat geteilt und Jerusalem internationalisiert werden solle. Diesen Vorschlag lehnten die Araber ab. Die Israelis waren gegen die Internationalisierung Jerusalems. Statt dessen erklärten die Juden wenige Stunden, bevor die Briten Palästina endgültig geräumt hatten, in ihrer Nationalversammlung am 14. Mai 1948, die Unabhängigkeit des Staates Israel.

Als Folge begann der 1. jüdisch-arabische Krieg, dem weitere folgen sollten.

Die „Offenkundigkeit“

Alle hier erwähnten Einzelheiten sind in jedem Nachschlagewerk oder jeder zusammenhängenden Darstellung über den Nahen und Mittleren Osten zu finden. Eines der ersten zu diesem Thema geschriebenen Bücher stammt von **Wolfgang Bretholz, „Der Aufstand der Araber“**. Es erschien bereits 1960 bei Desch, München. Auf einer Übersichtskarte – allerdings Stand 1960



Sämtliche graphische Abbildungen sind dem Buch von Bretholz, „Aufstand der Araber", entnommen.

– wird darin erkennbar gemacht, welche europäische Macht einschließlich USA welche Ölinteressen in diesem Raum vertritt. Dennoch sind diese Fakten so gut wie unbekannt, fließen sie nicht in die Beurteilungen ein, obwohl nur von hier ein einigermaßen der Wahrheit und dem Recht entsprechendes Urteil gefunden werden könnte.

„Der Friede, den wir erstreben, kann nur auf der Herrschaft des Rechtes aufgebaut sein... Herrschaft des Rechtes – d.h. unbedingte Achtung des Völkerrechtes."

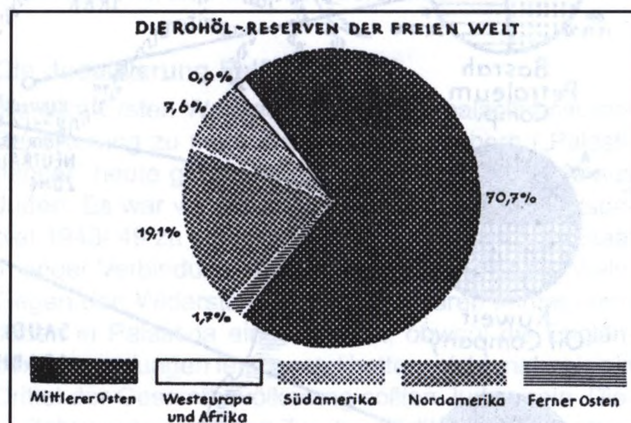
Nach dieser Maxime, von Außenminister Genscher vor der UNO-Generalversammlung am 28.9.1988 vorgetragen, wurde nicht gehandelt. Aber sie gilt auch heute. Zeit verwandelt Unrecht nicht zu Recht.

Die „Alte Ordnung" von San Remo 1920 – von Fremdmächten den Arabern aufgezwungen – wurde für diese zum Trauma. Es war eine miserable Unordnung für die Betroffenen. Die von Präsident Bush proklamierte „Neue Ordnung" kann nicht besser werden, solange sie die Entwicklungsgeschichte des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert unberücksichtigt läßt. **UHW**

Öl statt Trinkwasser

So oft ich die Ölfelder des kleinen Scheichtums am Persischen Golf oder der saudi-arabischen Provinz El-Hasa besuchte, hat der Kontrast zwischen der Armut der Erdoberfläche und dem Reichtum des Erdinnern auf mich eine faszinierende Wirkung ausgeübt. Oben, wo die Bohrtürme stehen und die Pipelines das Erdöl an die Meeresküste befördern, gibt es nichts als kahle, sonnen- verbrannte Wüste, kein Wasser und kein Weideland für Vieh, keine Bäume, die Früchte tragen, und keine Felder, die Nahrung spenden. In tausend oder fünfzehnhundert Meter Tiefe aber birgt die Erde unschätzbaren Reichtum, denn dort liegen die riesigen Petroleumseen. Dieser unterirdische Reichtum jedoch ist für die Menschen, die oben auf der trostlosen Erdoberfläche leben, wertlos, denn um ihn ans Tageslicht zu fördern, zu verarbeiten, zu transportieren und zu verwerten, bedarf es ungeheurer Kapitalien und gewaltiger technischer Einrichtungen, bedarf es der Bohrtürme und der Rohrleitungen, der Raffinerien und der Tankschiffe, bedarf es der Techniker und der Ingenieure, der Finanzleute und der Administratoren, bedarf es der ganzen endlosen Kette von Menschen und Maschinen, die dafür sorgen, daß aus den Milliarden Barrel tief unter dem Sand der arabischen Wüste Milliarden Dollar werden. Und vielleicht wäre eine einzige Quelle klar fließenden Wassers für die Menschen, die über den riesigen Petroleumseen leben, kostbarer als hundert Ölquellen, und ein einziger Ruß, der sich, aus dem Inneren der Arabischen Halbinsel kommend, ins Meer ergösse, wertvoller als der mächtige Strom von Erdöl, der durch zahllose Rohre in die großen Petroleumhäfen fließt.

(aus Bretholz, „Aufstand der Araber", S. 134 f.)



„Demütigungen und Schikanen"

Besuch in palästinensischen Dörfern: Blüm und Neudeck rügen Israel scharf

Der bekennende Katholik Norbert Blüm griff zu einem Bild aus dem Neuen Testament, um die Lage in Palästina zu schildern: „Wenn Maria und Josef heute von Nazareth nach Bethlehem wollten, kämen sie in diesem Jahr nicht an" – der Weg sei ihnen versperrt durch eine Mauer und durch Kontrollstellen.

Der ehemalige Bundesarbeitsminister hatte sich fünf Tage lang gemeinsam mit dem Gründer der Hilfsorganisation „Cap Anamur" Rupert Neudeck (Troisdorf), und dem Kölner Rechtsanwalt Winfried Seibert in den palästinensischen Gebieten umgesehen. Er kehrte erschüttert zurück.

Zum Schutz vor Selbstmordattentaten von Terroristen trennt Israel mit eine acht Meter hohen Mauer seine Siedlungen von palästinensischen Dörfern. Die Mauer, so die Überzeugung der drei Reisenden, die auf eigene Kosten und ohne Auftrag in den Nahen Osten geflogen waren, „wird Israel keine Sicherheit bringen. Sie ist Landraub." Die Befestigungsanlagen fräßen sich in palästinensisches Gebiet, die Westbank werde „zersiedelt und zerhackt". Neudeck: „So kann ein Staat Palästina nicht entstehen."

Blüm berichtete von „Demütigungen und Schikanen", den die Palästinenser durch israelische Soldaten ausgesetzt seien. Ganze Dörfer würden abgeriegelt, Bauern könnten ihre Felder nicht bestellen, Arbeiter nicht zu ihren Betrieben gelangen. Der CDU-Politiker nannte die Siedlungspolitik von Ministerpräsident Ariel Scharon „verbrecherisch"; dennoch werde er „als Bewunderer Israels" den Staat immer verteidigen. Blüm, Neudeck und Seibert, die Selbstmordattentate von Terroristen klar verurteilten, forderten, die Siedlungen auf der Westbank zu räumen. Ohne internationale Garantien und ohne den Schutz durch UN-Blauhelme könne es keine Lösung geben.

entnommen Kölner Rundschau v. 17.12.03

Die Siedlungspolitik von Ariel Scharon ist verbrecherisch
Kommentar zum Beitrag in der „Kölner Rundschau" vom 17.12.2003

Wer dieses sagte, war der frühere CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm. Er hatte sich fünf Tage lang in den palästinensischen Gebieten umgesehen, begleitet von Cap-Anamur-Chef Rupert Neudeck und dem Kölner Rechtsanwalt Winfried Seibert. Sein Bericht in der **Kölner Rundschau** vom 17.12.2003 trug die Überschrift **„Demütigungen und Schikanen"**. Die drei waren ohne Auftrag in Palästina und auf eigene Kosten. Wären sie auf Staatskosten geflogen, hätten sie sicherlich nicht so negativ urteilen dürfen. Selbstverständlich haben sie betont, daß sie als Bewunderer Israels den Staat immer verteidigen würden und haben auch pflichtschuldigst die Selbstmordattentäter verurteilt – wenngleich sich diese bereits selbst mit dem Attentat zum Tode verurteilt haben, um jeder anderweitigen Verurteilung zuvor zu kommen.

Mit der acht Meter hohen Mauer, welche die DDR-Schandmauer noch um etliches übertrifft, würden ganze Dörfer abgeriegelt und große palästinensische Gebiete enteignet. Viele Bauern könnten daher nicht mehr auf die Felder, die jenseits der Mauer liegen. Das ist Landraub. Befestigungsanlagen fräßen sich in palästinensisches Gebiet, die Westbank werde zersiedelt und zerhackt. Das ist völkerrechtwidrig, verstößt gegen Menschenrechte, und eine ganze Serie anderer Straf- und Zivilrechte. Neudeck: „So kann ein Staat Palästina nicht entstehen."

Unsere zwiespältige Unterwürfigkeit kommt nicht besser zum Ausdruck, als einerseits aus eigener Beobachtung das „verbrecherische System" zu verurteilen, gleichzeitig aber zu betonen, daß man dieses System bewundert und immer bereit sei, es zu verteidigen. Auffallend ist, daß keine andere Zeitung, kein Rundfunk und kein Fernsehen diese Meldung von Norbert Blüm gebracht, erwähnt oder auch nur kommentiert hätte. Der Davidstern, der wie ein Damoklesschwert über uns und den Medien schwebt, würde sofort zugeschlagen haben, wenn jemand Israel, die Israeliten oder gar die Juden allgemein mit einem verbrecherischen System belastet hätte. Diese Diskriminierung gilt ausschließlich und ohne detaillierte Begründung für das Dritte Reich. Kurz zuvor nämlich hatte Angela Merkel im Bundestag den allgemeinen Kampf gegen den Antisemitismus angesagt und als Geste vorweg den CDU-Abgeordneten Hohmann, der nicht einmal Antisemit ist, ihrem Ideal geopfert.

Anläßlich des Auschwitzgedenktages hat Angela Merkel gemeinsam mit Simon Veil, der einstigen französischen Präsidentin, die schon einmal auf der offiziellen Auschwitz-Todesliste stand, obgleich sie überlebt hat, den europaeinheitlichen Kampf gegen den Antisemitismus angeordnet. Über Strategie und Taktik, wie dieser Kampf gegen eine weltweite Gesinnung zu führen ist, hat man sich nicht näher geäußert. Soll er, der Antisemitismus, mit Feuer und Schwert ausgerottet werden? Und wenn schon, dann gleich mit der Wurzel. Aber was und wo ist die Wurzel? Oder sollte man gar auf die Idee kommen, den Antisemitismus durch eine Vorbildfunktion der Israelis und der Zionisten einfach zum Schweigen zu bringen? Israel brauchte nur ein friedliches, gerechtes und gewaltfreies Zusammenleben mit den Palästinensern zu demonstrieren, was um so leichter fallen dürfte, da diese ja auch Semiten sind. Damit würde der andauernde Kleinkrieg in Palästina entfallen. Nicht nur das! Den Nachbarn würde der Grund zum Haß und zur Angst vor dem hochgerüsteten Nachbarn fehlen. Sie könnten friedlich und vertraulich miteinander Handel treiben, wie die einst feindlichen, aber jetzt friedlichen Völker Europas. Die Amerikaner würden unzählige Milliarden für die Rüstung sparen; denn es gäbe keinen Grund mehr, den Iran, Syrien und andere ungehorsamen Araberstaaten zu überfallen. Man könnte den ganzen Weltkrieg gegen einen ohnehin imaginären internationalen Terrorismus abblasen; denn jeder terroristische Akt richtete sich gegen das israelhörige Amerika. Man könnte die Schurkenstaaten wieder in die Weltbürgerschaft aufnehmen und.... und....und.

Vielleicht könnte man auch noch die Wahrheiten über die tatsächlichen Ursachen der Kriege seit 1914 offen diskutieren, die tatsächlichen Verbrechen aller Kriegsbeteiligten offenlegen, und die Zionisten müßten es aufgeben, die große Masse aller Medien der Welt zu kontrollieren und zu bedienen.

Liebe Frau Merkel, in welcher wunderbaren Welt würden wir dann leben, ausgelöst durch eine Kleinigkeit, eine kleine Geste, welche Israel der Welt eigentlich schon lange schuldig ist. Dann gäbe es keinen Antisemitismus mehr!

Hans Werner Woltersdorf

Thema „Kontingentjuden"

Antwort des Bundesministeriums des Inneren an Herrn Leo Thenn (siehe LSI Nr. 1/ 2004 Seite 4)
Auffällig dabei ist allerdings, daß in diesem Schreiben zwar zugegeben wird, daß die Kontingentflüchtlinge Eingliederungshilfen erhalten. Es wird allerdings keinerlei Zahl angegeben, statt dessen werden eine ganze Reihe von weiteren Förderungen, die den jüdischen Zuwanderern zuteil werden, aufgezählt.

Unbegründet bleiben folgende beiden Feststellungen: **„Der Gesichtspunkt der Erhaltung der Lebensfähigkeit jüdischer Gemeinden in Deutschland soll ebenfalls eine Rolle spielen."** Und: **„Jüdische Emigranten, deren zügige Integration im nationalen Interesse liegt..."**

Mag sein, daß, die angegebenen 140.000,00 Euro Startgeld für jeden neueingebürgerten Juden in Deutschland

nicht richtig sind; aber daß sehr viel für diese Kontingentjuden aufgewendet wird, und, wie der Oberrabbiner von Hannover in einem Vortrag darstellte, die Mehrzahl dieser Juden „weder hebräisch sprechen oder lesen können noch einer jüdischen Religionsgemeinschaft sich zugehörig fühlen“, das ist eine Tatsache.

* * *

Sehr geehrter Herr Thenn,

Ihr an das Bundeskanzleramt gerichtetes Fax vom 13. August 2003” wurde von dort zuständigkeitshalber an das Bundesministerium des Innern abgegeben. Darin baten Sie um Informationen bezüglich der Leistungsgewährung an jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.

Die Aufnahme jüdischer Emigranten aus der früheren Sowjetunion beruht auf einem Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder (Ministerpräsidentenkonferenz), vom 09. Januar 1991.

Bei dem Beschluß handelt es sich um eine Absprache auf politischer Ebene wonach innerhalb der geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine einheitliche administrative Vorgehensweise in Fällen der Einreise jüdischer Emigranten vereinbart wurde. Dieser Beschluß sieht vor, die Einreise von jüdischen Emigranten auf Grund von Einzelfallentscheidungen zu ermöglichen.

sowohl bei Sozialhilfe – als auch beim Arbeitslosengeld – und Arbeitslosenhilfebezug besteht Anspruch auf Krankenversicherungsleistungen bzw. Krankenhilfe nach dem BSHG.

Jüdische Zuwanderer, die im Rahmen des Sonderprogramms Aufnahme in Deutschland finden, können entsprechend der allgemeinen gesetzlichen Regelungen, in der Regel nach acht Jahren einen Antrag auf Einbürgerung stellen. Mit der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist keine finanzielle Unterstützung verbunden.

Die im Internet veröffentlichte Nachricht der Jerusalemer Nachrichtenredaktion „nai“ (Nachricht.info@nai-israel.com), wonach jeder neu eingebürgerte Jude in Deutschland 140.000 Euro Startgeld vom Staat erhalten soll, ist nicht richtig und entbehrt jeglicher Grundlage.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Henrion

Das Ende der Übergangsregelung BRD

In dem Staatsbürgerbuch von Otto Model, 1963 herausgegeben, heißt es über die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, die genau vor 55 Jahren ins Leben trat:

> „Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen und anschließend **den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorgelegt**. Diese erfolgte mit den im Besatzungsstatut niedergelegten Vorbehalten. Nach Billigung durch die Mehrheit der Landtage der deutschen Länder (von den elf Ländern stimmte nur Bayern dagegen) wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 verkündet; es trat am Tage darauf, am 24. Mai, in Kraft. In der Bundesrepublik Deutschland werden daher am 23. Mai öffentliche Gebäude beflaggt.“

Dieser Parlamentarische Rat bestand aus 70 Abgeordneten aus den verschiedenen Bundesländern. Konrad Adenauer wurde zum Präsidenten gewählt.

Der Jurist und Professor für politische Wissenschaft in Frankfurt, Prof. Dr. Carlo Schmid, hielt sozusagen zur Eröffnung dieses Parlamentarischen Rates eine grundlegende Rede, in der er feststellte:

> „Was aber das [neuzuerschaffende] Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die **Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft**“.

Das heißt, hier wird im Auftrag der Siegermächte eine Übergangsregelung für dieses Gebiet Bundesrepublik Deutschland, und zwar damals ohne die von den Russen besetzte Zone, geschaffen.

In dem Staatsbürgerbuch wird ganz eindeutig festgestellt:

> „Die drei Militärgouverneure verfolgten die Arbeit des Parlamentarischen Rates durch Verbindungsstäbe. Der erste Verfassungsentwurf verfiel der Ablehnung, weil er das föderalistische Prinzip nicht genügend hervorhob. Auch die im März 1949 vorgelegte Endfassung des Grundgesetzes stieß auf Einwände der Militärgouverneure. Erst nach langwierigen Verhandlungen konnte eine Verständigung erzielt werden (wurde die vorliegende Fassung dieses Grundgesetzes genehmigt).“
> aaO. S. 52

So ist es völlig konsequent, daß Carlo Schmid in seiner Rede ausführt, daß es nicht möglich sei, einen Staat mit eigener Verfassung zu begründen, sondern:

> „Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind... Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist... kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität... Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. ... Solange das nicht geschehen ist, **können** wir ... **keine Verfassung machen**.“

Somit ergibt sich für Carlo Schmid ganz eindeutig: „**Wir haben keinen Staat zu errichten**.“

In dieser Rede wird von Carlo Schmid auch ausdrück-

lich darauf hingewiesen, daß es dem Parlamentarischen Rat „**aufgegeben** worden ist, ein Grundgesetz zu machen".

Und wer hat das aufgegeben? Die Siegermächte im 2. Weltkrieg, allen voran England und die USA. Ihr Ziel war bereits vor dem 2. Weltkrieg geäußert: die Zerstörung des Deutschen Reiches. Dieses ist Carlo Schmid offenbar voll bewußt, denn er sagt gegen Ende seiner Rede:

> „Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der ‚Sicherheitspolitik' auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon geeintes wieder zu dissoziieren (zu trennen)!"

Wir haben also nur eine Übergangsordnung, genannt Grundgesetz, denn „eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes." Daraus ergab sich für Schmid die Notwendigkeit, das Ende dieser Übergangsregelung zu formulieren, und diese Formulierung finden wir bis heute im Grundgesetz unter Artikel 146, der auch in der Überarbeitung des Grundgesetzes nach dem 2+4-Vertrag folgenden Wortlaut hat:

> „Artikel 146 [Geltungsdauer des Grundgesetzes] Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Diesen Artikel 146 verdanken wir dem SPD-Abgeordneten und von 1949 bis 1966 Vizepräsident des deutschen Bundestages, Prof. Dr. Carlo Schmid.

Nun ist aber die Mehrzahl der Bundesbürger, und natürlich erst Recht der Regierungs- und Parteivertreter, der Ansicht, daß die Bundesrepublik Deutschland ein freier, souveräner Staat ist und gleichberechtigter Partner in der Völkerfamilie. Worauf basiert diese Vorstellung?

Zum einen auf den Pariser Verträgen, die 1955 in Kraft traten. Darin heißt es:

> „In dem am 23.10.1954 in Paris von den Vertretern der BRD und der *„Drei Mächte"* (USA, Großbritannien und Frankreich) unterzeichneten Protokoll ist die Beendigung des Besatzungsregimes in der BRD festgestellt."

Und dann folgt der Deutschlandvertrag oder auch Generalvertrag. Auf den ersten Blick sieht das so aus, als hätten die Besatzungsmächte damit tatsächlich die Oberhoheit wieder an Deutschland zurückgegeben. Aber eben nur auf den ersten Blick. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, daß die Siegermächte den Vertretern der von ihnen und nach ihren Vorstellungen eingerichteten Übergangsregelung (Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft) die Verantwortung für die Ausführung ihrer Bestimmungen übertragen haben.

Aber, so argumentieren die Regierungsangehörigen weiter, mit dem 2+4-Vertrag sei nun wirklich de facto die volle Souveränität Deutschlands wiederhergestellt. Ein Friedensvertrag sei nun sozusagen überflüssig geworden. Wir haben normale, freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern, die früher unsere Kriegsgegner waren.

Auch hier muß gesagt werden: Das Gegenteil ist richtig. Wir befinden uns immer noch im Kriegszustand, haben fremde Truppen in unserem Land, keine Selbstbestimmung, keine eigene Verfassung. Weder die Bonner noch die Berliner Politiker haben zum Wohl des deutschen Volkes regiert. Sie haben in allen entscheidenden Fragen den Willen des Volkes ignoriert, sei es nun der Maastricht-Vertrag, die Abschaffung der D-Mark, die Verausländerung usw. usw.

25 Jahre lang konnte der Schein eines Souveränen Staates aufrechterhalten werden. Die Bürger waren voll damit beschäftigt, ihre zerstörten Städte wieder aufzubauen und die Millionen Ostvertriebener zu integrieren, und das Land wieder zu einer wirtschaftlichen Blüte zu bringen. Man sprach vom Wirtschaftswunder, vom Juliusturm, vom Butterberg usw. Es gab keine Schulden. Dann aber zeigte sich das wahre Gesicht dieser immer noch vorhandenen Fremdherrschaft, getarnt hinter deutschen Politikern. In den zweiten 25 Jahren begann die systematische Ausplünderung und Zerstörung des deutschen Volkes. Mit jedem Jahr trat dies deutlicher hervor. Jetzt stehen wir vor einem riesigen Scherbenhaufen, und überall kündet sich das Zusammenbrechen des bisher als sicher Geglaubten an.

Was ist zu tun? Das ist im Grunde genommen sehr einfach. Das Staatsbürgerbuch sagt: Das Deutsche Reich ist 1945 nicht untergegangen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt: das Deutsche Reich besteht fort. Das Grundgesetz enthält bis heute den Hinweis darauf, daß es nur eine Übergangsregelung ist. Das Ende dieser Übergangsregelung zeichnet sich ab.

Es ist nur logisch, daß nun überall das Wort Volksaufstand zu hören und zu lesen ist, von unterschiedlichen Seiten. Der deutsche Reichsbürger muß aufstehen, wenn er dasjenige, was er seit Jahrzehnten anprangert, beklagt, bejammert, wirklich ändern will. **Das geht nämlich nur innerhalb unseres eigenen, souveränen Staates: dem Deutschen Reich. Dies wieder handlungsfähig zu machen, das ist zu tun.**

Ursula Haverbeck

Wer hat Interesse, im Raum Ratingen an einem Gesprächskreis teilzunehmen zu deutschen Fragen in einer Art Deutschem Klub?

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an das Collegium Humanum.

Die „Verfassung" bleibt ein Traum

Wieder einmal in den „Erinnerungen" gelesen – nicht in denen von Hans-Dietrich Genscher, sondern in denen von Carlo Schmid. Der legendäre Sozialdemokrat schildert auf vielen Seiten, wie er 1948 zusammen mit Politikern auch der Union und der Liberalen durchsetzte, daß das „Verwaltungsgebiet Westdeutschland" ausdrücklich keine „Verfassung" bekam, sondern nur ein „Grundgesetz".

Er schreibt: „Sie (die Besatzungsmächte) wollten kein ‚Grundgesetz' mit all den Diminutiven, die in dem Wort steckten, sondern eine reguläre ..., mit allen Hoheitscharakteren ausgestattete ‚Verfassung'."

In mehreren Sitzungen in Frankfurt, auf dem „Rittersturz" bei Koblenz und auf Schloß Herrenchiemsee trotzten die Mitglieder des Parlamentarischen Rates – demonstrativ wollten sie nicht „verfassungsgebende Versammlung" heißen – den Zonenbefehlshabern den provisorischen Begriff „Grundgesetz" ab. Das große Wort „Verfassung" wollten sie aufsparen für die Zeit der Souveränität und der Vereinigung mit der sowjetisch besetzten Zone. Seltsam, daß daran niemand gedacht hat, als nach dem Mauerfall das so vorläufig gemeinte „Grundgesetz" für ganz Deutschland aktualisiert wurde.

Carlo Schmid und Konrad Adenauer hatten für dieses Ereignis von einer richtigen „Verfassung" geträumt, aber ihre politischen Erben haben die Anstrengungen der Patrioten von 1948 vergessen und das politische Vermächtnis nicht erfüllt.

Helmut Markwort, Chefredakteur des FOCUS, entnommen der FOCUS-Ausgabe 2/1996, 08.01.1996

Was geschah mit Deutschlands Gold?

Oder warum man Martin Hohmann schon längst loswerden wollte

Wo liegt überhaupt Deutschlands Gold?

„Gemäß offiziellen Statistiken besitzt Deutschland mit 3446 Tonnen (oder 110,6 Millionen Unzen) nach den USA den zweitgrößten Goldschatz der Welt.

Zentralbanken sind weltweit überaus zugeknöpft, wenn es um Informationen über ihre Reserven geht und geben in der Regel wenig Auskunft ... ungewöhnlich, denn letzten Endes gehört das Gold nicht den Beamten, sondern dem Volk.

Laut James Turk hat die Bundesbank 1.700 Tonnen, d.h. die Hälfte ihrer Reserven von 3.400 Tonnen ausgeliehen (warum?). Die anderen 1.700 Tonnen wurden mit dem U.S. Exchange Stabilization fund geswapt, der seinerseits das Gold an Bullion-Banken auslieh und der Bundesbank dafür 1.700 Tonnen zusagte, welche das U.S. Schatzamt in West Pount, New York, liegen hat. Das Endresultat wäre, daß die Tresore der Bundesbank leer sind.

Dazu David Marsh, Hauptkorrespondent der Financial Times: „Die Bundesbank ist einmalig unter den wichtigsten goldbesitzenden Banken und Zentralbanken der Welt, insofern als sie nur einen kleinen Teil, kaum 80 Tonnen, d.h. etwas über 2 %, in ihren Frankfurter Tresoren aufbewahrt. Der Rest und Großteil ihres Goldschatzes liegt in den Tresoren anderer Zentralbanken, der Federal Reserve Bank of New York, der Bank von England und bei der Bank von Frankreich. (Noch Fragen?)

Auf schriftliche Anfrage eines Mitgliedes des Deutschen Bundestages, Martin Hohmann (er fragte: Wieviel Gold hat die Deutsche Bundesbank? Wo liegt es? Ist es bereits verkauft oder verliehen? etc (für 1 % p.a.)), antwortete die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, ebenfalls Mitglied des Bundestages, am 22.08.2002, daß die Deutsche Bundesbank einen großen Teil ihrer Goldbestände in eigenen Tresoren im Inland hält. Der Autor Lips sagt: „Hier beginnen erhebliche Zweifel, da gemäß Hendricks ... es aus betriebswirtschaftlichen Gründen Sinn macht, das Gold an den ausländischen Handelsplätzen zu belassen, solange die Lagerung dort kostengünstiger ist als der Transport nach Deutschland und der Bau zusätzlicher Tresoranlagen."

Da lobe ich (Lips) mir die Weisheit des früheren Präsidenten General Charles de Gaulle. De Gaulle r scheute keine Kosten, um das Gold nach Hause zu bringen, und schickte zu diesem Zwecke ein Kriegsschiff nach den Vereinigten Staaten, um das französische Gold im eigenen Hause unterzubringen.

Insgesamt ist die Antwort von Hendricks nicht befriedigend, was wichtig ist, ist vertraulich und darf nicht offengelegt werden." **(Aus dem Buch „Die Goldverschwörung" von Ferdinand Lips, ehemaliger Direktor der Rothschild Bank, Zürich, Seite 299 ff)**

Die Goldverschwörung

Buchbesprechung von Gerhoch Reisegger

Der Schweizer Privatbankier Ferdinand Lips hat unter obigem Titel ein Buch vorgelegt, das bereits vor einem Jahr in dem USA (Titel: Gold Wars) erschienen ist. Dieses Buch hat in den USA „eingeschlagen", und in ihm vorangestellte Stimmen dazu – enthusiastisch und zustimmend – lassen schon ahnen, warum. Was dieses Buch so brisant macht ist der Umstand, daß Lips, ein hochangesehener Bankier, Mitbegründer und langjähriger Direktor der Rothschild-Bank in Zürich, bis er 1987 seine eigene Privatbank gründete, weiß wovon er spricht, und darüber hinaus kennt er zahlreiche Akteure

der Finanzwelt persönlich. Seine Einschätzung und sein Urteil hat Gewicht. Man muß dies so ausdrücklich betonen, weil das was Lips auf ca. 350 Seiten darlegt, sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch hindurchzieht und vom Autor immer wieder auch deutlich und begründet ausgesprochen wird: Die Geschehnisse, die sich um Gold drehen, sind eine schon Jahrzehnte andauernde kriminelle Verschwörung. Da die hier Agierenden ja nicht nur dumm sein konnten (obwohl Lips auch bei zahlreichen US-Politikern, Top-Managern oder Schweizer Bundesräten und manchen Bankvorständen völlige Unfähigkeit konstatiert), liege es auf der Hand, daß es vor allem verbrecherische Machinationen sind, die den Goldpreis nach unten manipulierten, um mit dem „fiat-Falsch-Geld“ gigantische Gewinne in Billionenhöhe einzufahren. Das Wie ist Gegenstand seiner Darlegungen – und es bedarf wirklicher Intimkenntnisse, diese die Volks- ja Weltwirtschaft zerstörenden Manipulationen zu durchschauen.

Der Autor stellt nicht nur finanz- und wirtschaftspolitisch, sondern auch im historischen und transzendenten Kontext die Bedeutung des Goldes als Geld – als Währung – dar, und wie davon nicht nur der Wohlstand und das Gedeihen der Völker abhängt, sondern auch unsere Freiheit. Das Buch ist gleichsam ein Lehrbuch über das Wesen des Geldes, das ja nicht einer unter einer Million versteht. Von besonderem Interesse für die deutschen/europäischen Leser sind natürlich die Vorgänge um die Erpressung der Schweizer Nationalbank, nämlich „überflüssiges“ Gold im Umfang von 1.400 Tonnen zu verkaufen, oder die von Lips als Betrug am Wähler (durch die Bundesregierung) charakterisierte Änderung der Schweizer Verfassung, die die Golddeckung des Schweizer Franken – als letzter Währung schließlich – ebenfalls aufgab. Nun steht einer weltweiten Fiat-Währung – bedrucktem Papier – nichts mehr im Wege. Nicht minder interessant sind die Fragen über den tatsächlichen Verbleib des deutschen Goldschatzes, von dem die von Lips zitierten Quellen und Analyse der Umstände es wahrscheinlich, ja gewiß erscheinen lassen, daß die Bundesbank de facto (von ihren 3.500 Tonnen und einem der größten Goldbestände) über kein Gold in ihren eigenen Tresoren auf deutschem Boden verfügt.

Angesichts des auch von Lips als geradezu unvermeidlich angesehenen und akut drohenden Kollapses der US-Währung, des Dollars, sind Deutschland, wie alle anderen europäischen Ländern, die statt des Goldes Devisen, vor allem Dollar und Yen ‚als „Deckung“ der eigenen Währung horteten, in einer katastrophalen Lage.

Diese Darlegungen wären schon brisant genug, wenn sie „nur“ von Lips sozusagen ex catedra als Privatmeinung aufgrund eigener reicher Erfahrung gemacht worden wären. Aber als weitere Besonderheit dieses bemerkenswerten Werkes zitiert der Autor ausführlich weltweite Autoritäten, so daß dieses Buch auch als Zusammenschau/Urteil der kenntnisreichsten Finanz-, Gold- und Währungsfachleute gelten kann. Wer sehen wollte, konnte dies natürlich schon seit langem, denn viele der zitierten Quellen sind im Internet oder gedruckt längst verfügbar. Für uns war es in doppelter Hinsicht ein unschätzbarer Gewinn: alles was Lips hier schreibt, deckt sich vollkommen mit dem, was auch wir schon in unserer Analyse der wahren Gründe für den 11. September und alles Folgenden darlegten, nicht weiter verwunderlich, weil meist sogar die gleichen Quellen für weitergehende Forschungen bzw. eine Fundgrube für die sonst nur schwer zu findenden Belege eines ohnehin nicht gerade im Lichte der Öffentlichkeit stattfindenden Geschehens in der Finanz- und Währungswelt benutzt wurden.

Ferdinand Lips ist für dieses verdienstvolle Buch zu danken, und es wäre zu hoffen, daß es vor allem jene Lesen, die mit ihren Entscheidungen Weichen stellen (können). Es macht auch Hoffnung, weil hier deutlich wird, daß es mutige, kluge und patriotische Männer gibt, die ihre Stimme erheben. Sie sind damit auch Vorbild für jene, die noch zögern, das Unvorstellbare auszusprechen: nämlich daß alles schon erfahrene Schlimme von dem was uns droht in den Schatten gestellt wird, wenn wir diese Warnungen weiter ignorieren.

Dieses Buch ist jedem wärmstens zu empfehlen, man sieht danach die Dinge mit anderen Augen.

Ferdinand Lips, „Die Goldverschwörung“, Kopp-Verlag 2003, 382 Seiten. Das Buch ist mit einem Glossar versehen, das zahlreiche, nicht allgemein bekannte Begriffe aus der Finanzwelt erklärt. Ein Index, Literatur- und Quellenverzeichnis machen es zu einem wertvollen Nachschlagewerk. ISBN 3-930219-54-9

Datenschützer warnen vor „Big Brother“ auf den Straßen
Land testete Kennzeichen-Scanner / Einführung noch nicht beschlossen

Der Test war erfolgreich, und sofort regt sich Protest: Das Potsdamer Innenministerium hat von Juni bis August 2003 auf Brandenburgs Straßen ein System getestet, mit dem Kennzeichen vorbeifahrender Autos gescannt und überprüft werden können. „Diese Technik kann ein wichtiges Mittel zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sein“, sagte Ministeriumssprecher Heiko Homburg. Könnte man doch über die Nummernschilder gestohlene Autos oder flüchtige Kriminelle aufspüren. Datenschützer fürchten aber, daß langfristig ein flächendeckendes Überwachungsnetz aufgebaut wird, mit dem alle Fahrten registriert und sogenannte Bewegungsprofile erstellt werden könnten.

„Es ist Technik, die darauf abzielt, alle – auch unbescholtene Verkehrsteilnehmer – zu beobachten und zu erfassen“, sagt Brandenburgs Datenschutzbeauftragter Alexander Dix. Der Einsatz der Technik lasse sich nicht effektiv begrenzen. „Einmal eingeführt, weckt das System neue Begehrlichkeiten und wird zur Blankovollmacht für die permanente Fahndung“, sagt er. Bisher sei es ein Grundsatz des Rechtsstaates, daß unbescholtene Bürger eine Dauerbeobachtung durch den Staat nicht hinnehmen müssen. Dies sein nun gefährdet. „Es ist kaum vorstellbar, daß so teure Technik nur genutzt wird, um Autodiebe zu schnappen“, sagte Dix.

Auch der einstige SPD-Innenminister von Niedersachsen und Chef des dortigen Kriminologischen Forschungsinstituts, Christian Pfeiffer, glaubt nicht, daß das System nur für einzelne Fahndungen eingesetzt wird. „Es ist sehr problematisch, wenn über Technik diskutiert wird, die die Daten von Bürgern erfassen kann, ohne daß ein konkreter Tatverdacht vorliegt“, sagt er. „Das läuft auf eine Qualität der Bürgerkontrolle hinaus, die sich Orwell in seinen schlimmsten Alpträumen nicht ausgemalt hat“, sagte Pfeiffer.

Gekürzter Beitrag von Jens Blankennagel aus „Berliner Zeitung“ vom 12.01.2004

Bundesverfassungsgericht: Großer Lauschangriff verfassungswidrig

... zumindest zu erheblichen Teilen, urteilte Karlsruhe – Frist für Neuregelung bis Juli 2005, dpa 3.3.2004, aktualisiert 3.3.2004, 11:13 Uhr

Karlsruhe – Der große Lauschangriff verletzt in seiner geltenden Form die Menschenwürde und ist deshalb im Wesentlichen verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch entschieden. Danach muß die akustische Überwachung von Wohnungen an deutlich strengere Voraussetzungen geknüpft werden. Dem Gesetzgeber bleibt eine Frist zur Neuregelung bis 30. Juli 2005.

Der Erste Senat ließ zwar die Grundgesetzänderung unbeanstandet, mit der eine Partei übergreifende Mehrheit 1998 dem Lauschangriff den Weg geebnet hatte. Dessen Umsetzung in der Strafprozeßordnung ist aber zum großen Teil verfassungswidrig. Nach den Worten der Richter schützt die Garantie der Menschenwürde einen „Kernbereich privater Lebensgestaltung“, in den der Staat auch nicht im Interesse der Strafverfolgung eingreifen darf. Gespräche unter engsten Vertrauten in der Privatwohnung seien gänzlich dem Zugriff der Ermittler vorenthalten – es sei denn, „konkrete Anhaltspunkte“ deuteten ausnahmsweise auf kriminelle Inhalte hin.

Dauertopf Entwicklungshilfe

Eine kritische Sicht auf 30 Jahre Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Der Autor berichtet autobiographisch über die Praxis verschiedener deutscher und internationaler Geberinstitutionen. In vielen turbulenten, oft nachdenklichen, an mancher Stelle aber auch humorvollen Kapiteln wird aufgezeigt, wohin mangelnde Transparenz und Gleichgültigkeit im Umgang mit Spenden- und Steuermitteln führen kann, welche groteske Formen deutsche Projekthilfe in Afrika teilweise angenommen hat. Ein wertvoller Leitfaden für jeden, der sich entwicklungspolitisch weiterbilden möchte.

Seit 1987 unwidersprochen sind auch die Anschuldigungen des Autors über Vorteilsnahmen gegenüber deutschen Trägern der Entwicklungshilfe, die er in seinem Buch mit höchster juristischer Verbindlichkeit als „Tatsachenbehauptungen“ deklariert.

Werner G. Keweloh: „Dauertopf Entwicklungshilfe. Vertan? Vergeudet? Vergebens? Erfahrungen eines Insiders“, Universitat Verlag, ISBN 3-8004-1346-9

Was sagen die Vertreter der beiden größten Parteien zu Deutschland?

Angela Merkel, Vorsitzende der CDU, in ihrer Rede auf dem CDU-Parteitag am 1. Dezember 2003, wörtliches Zitat aus dem Abdruck der Rede: „Für eine Partei wie die christliche demokratische Union gehört zur ständigen Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst auch die fortwährende Anerkennung dessen, was unaussöhnlich ist; die Anerkennung der Singularität des Holocaust." (Beifall)

„Weil wir den Holocaust als Singularität anerkannt haben, können wir heute sagen: wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Deshalb möchte ich, daß es für die Zukunft so bleibt." (Beifall)

Gerhard Schröder, nicht mehr Vorsitzender der SPD: „Das türkische Volk auf dem Weg nach Europa kann sich auf Deutschlands Unterstützung verlassen."

Im Gegensatz zu Angela Merkel, die eine Woche zuvor in der Türkei sich gegen deren Beitritt in die EU aussprach, sagt Gerhard Schröder als „geschätzter Freund", daß er sich, sobald die Vorbedingungen erfüllt seien, dafür einsetzen werde, der Türkei den Weg in die EU zu ebnen.

Er sagt dieses, wenige Tage bevor er zu einem Gespräch in das Weiße Haus in die USA fährt. Bas Westfalen-Blatt kommentiert: „Die demonstrative Rückenstärkung von Erdogan wird sich für Schröder schon bald auszahlen. Die Anerkennung von US-Präsident George W. Bush, bei dem der Kanzler am Freitag im Weißen Haus vorspricht, dürfte ihm gewiß sein." (Westfalen-Blatt, 24.2.2004)

Und warum ist der Präsident von USrael für den Beitritt der Türkei in die EU? Das pfeifen die nicht mehr vorhandenen Spatzen von den Dächern: Via Türkei drängt Israel ebenfalls in die EU.

Asylbetrüger darf bleiben

Es gibt Prozesse, bei denen die Zuhörer die kalte Wut packt. Der 26 Jahre alte Nigerianer Ernest K. (Name geändert) wurde zu 360 Euro Geldstrafe (60 Tagessätze) verurteilt, weil er über Jahre hinweg die deutschen Behörden mit falschen Angaben belogen hat, um Asyl oder Duldung zu erreichen. Die öfentliche Hand gewährt ihm auch seit Jahren Sozialhilfe und Unterkunft.

Vor vier Jahren war Ernest K. nach Deutschland gekommen. „Einige Jungens" gaben ihm als „sachkundige Bürger" den Tip, den Asylantrag mit falschen Namen und Geburtsdatum auszufüllen, außerdem sei Sierra Leone viel günstiger als sein tatsächliches Heimatland. Als Nigerianer sei ihm die Ablehnung seines Antrags sicher.

Am 13. Januar 2000 stellte er den Asylantrag, einen Paß aus Sierra Leone hatte er selbstverständlich nicht. Das Asylverfahren lief recht zügig. Ein Sprachtest hatte ergeben, daß Sierra Leone als Herkunftsland auszuschließen ist. Gegen die Ablehnung des Asylantrages wurde mit Hilfe eines Anwaltes aus dem nördlichen Nachbarkreis gut drei Jahre lang vor dem Verwaltungsgericht bis zur rechtskräftigen Ablehnung im April 2003 prozessiert, alles unter dem falschen Namen, der auch in einer ganzen Reihe von Strafakten auftauchte.

Eine Abschiebung war nicht möglich, weil die Botschaft von Sierra Leone aus gutem Grunde die Ausstellung eines „Ersatzpasses" verweigerte.

Auch alle Duldungsanträge wurden von der Anwaltskanzlei mit dem Falschnamen gestellt. Plötzlich, gegen Ende September 2003, meldete Ernest K. sich über den Anwalt mit richtigem Namen und hatte plötzlich auch einen nigerianischen Paß vorzuweisen. Dies alles war jetzt plötzlich völlig ohne Risiko: Denn Ernest K. hatte ein sehr junges Mädchen aus dem Raum Lübbecke gefunden, das inzwischen ein Kind von ihm zur Welt gebracht hat.

Jetzt kann der Nigerianer unbehelligt in der Bundesrepublik bleiben, als Vater eines deutschen
Kindes hat er sich sein Bleiberecht redlich „verdient".

entnommen Westfalen-Blatt, 24.02.2004

Der Warner

Das ist des Warners schweres Amt,
daß ihn die Zeit, in der er lebt, verdammt.

Daß ihn die Vielfalt, der sein Wirken gilt,
in Haßgesängen einen Narren schilt.

Daß ihn das Volk, das liebend er umfängt,
gleich einer Pest aus seiner Mitte drängt.

Und dennoch warnt der Warner unentwegt
und trägt die Last, die er sich auferlegt.

Der Warner geht der Zeit voraus -
der Dank kommt in sein leeres Haus.

Erich Limpach

Eine Leserzuschrift

Wahrscheinlich haben Sie es bis jetzt nicht erfahren, deshalb diese, wie ich meine, interessante Information.

Durch einen glücklichen Zufall sah ich am Montag, den 19.1.04, im Fernsehen SWR 3 (BW) um 17.00 Uhr (Nachrichten) folgenden Bericht!

Schlagzeile (wurde so vorgelesen):

„Stockholm – Der israelische Botschafter in Schweden provoziert einen Eklat!"

Dann folgte der Filmbeitrag: In einem Stockholmer Museum wird u.a. zur Zeit eine Ausstellung über eine palästinensische Selbstmordattentäterin gezeigt. Der Judenbotschafter (kleines weißhaariges Männchen) erscheint dort mit Anhang, überrascht das Museumspersonal und erzeugt sofort einen Tumult. „Das hier ist alles antisemitisch, ich verbitte mir das" usw. Daraufhin riß er das Kabel einer an einem Bodenstecker befestigten Beleuchtung heraus und warf eine andere brennende elektrische Lampe komplett in ein Wasserbassin. Dadurch gab es einen Kurzschluß und alles war dunkel. Trotz der sofortigen heftigen Beschwerde des Museumspersonals schrie der Israeli lautstark weiter. – Ende des Bildmaterials. (Dies alles habe ich auf dem Bildschirm gesehen)!

Nachsatz des Nachrichtensprechers: „Der israelische Staatspräsident Scharon unterstützt das Vorgehen seines Botschafters"!

Der ganze Beitrag dauerte gut 5 Minuten. Ich habe diese Meldung auf keinem anderen Sender und zu keiner anderen Nachrichtenzeit weder gesehen noch gehört. Wurde da aus Angst vor wachsendem Antisemitismus jede weitere Berichterstattung unterschlagen? War also die einmalige Übermittlung ein Versehen, die so durch den sprichwörtlichen Filter gerutscht ist? Und wer hat gerade zur richtigen Zeit die Fernsehreporter mit Kameras dort hingestellt, um für spätere Verwendung die „mutige Tat" eines Juden zu dokumentieren? 3 mal darf geraten werden. Haben Sie darüber etwas gehört oder gesehen?

Man stelle sich nur vor: Ein sonst als kriecherisch veranlagter BRD-Vertreter aus der Politik oder Diplomatie, mit gebrochenem Rückgrat und geneigtem Haupt, spürt zufällig mal in sich eine Minute des Aufbäumens, während er seinen Pflichtbesuch in Jerusalem im „Yad Vashem" absolviert. Er betritt, den Raum, reißt sich die ihm vorher verpaßte Kippa herunter, tobt dann schreiend durch die Halle und bläst zu guter letzt noch das Licht der Flammenschale aus. Totale Dunkelheit hält die zutiefst Bertoffenen umfangen. Wenn dann dabei noch der Satz fällt: „Das hier ist alles Antigermanismus, Deutschenhaß in übelster Form" usw. Man mag es gar nicht zu Ende denken. Augenblicklich würde der Globus explodieren. Ein Vulkanausbruch vor der Haustüre, oder eine Jahrhundert-Tsunami-Welle fänden in den Medien wegen untergeordneter Wichtigkeit keine Erwähnung mehr.

Ob der BRD-Präsident (Bruder Johannes) da auch sofort uneingeschränkt seine Unterstützung anbieten würde??? **Was es so alles gibt?!**

Horst Müller

Massenmord und Holocaust an Deutschen gutgeheißen. Europäische Union zur Strafverfolgung aufgerufen!

Ein Beitrag zur Fortentwicklung des Kriegsvölkerrechts von Fritz Becker, Berlin

Das unmögliche, das für unmöglich Gehaltene ist eingetreten. Nun hat der englische Geschichtsprofessor Frederick Taylor, Historiker von Beruf, ein Buch unter dem Titel: „Dresden: Tuesday 13. February 1945" veröffentlicht. Das Buch behandelt den größten Luftangriff massierter englischer Bomberströme auf zivile Wohnstätten und Zivilbevölkerung in einer offenen unverteidigten Stadt.

Die von Vorgaben und Repressionen der vier Hauptkriegssiegermächte freie deutsche und europäische Geschichtsschreibung und Geschichtsforschung hat seither in penibler Recherche die Auslöschung von nicht zu hochgerechnet ca. 300.000 Menschenleben dokumentiert. Das sind mehr Todesopfer, als in den von amerikanischen Atombomben zerstörten japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki getötet wurden.

Bis zum 14. Februar 1945 war es der Menschheit noch nie gelungen innerhalb 24 Stunden mit einer militärtechnischen Mord- und Schlachthofmaschinerie über eine viertel Million Menschen vom Leben zum Tode zu befördern.

Dresden,14.Februar 1945 ist das gigantische Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte, seine Singularität ist einmalig in der Geschichte des Globus.

Bezeichnend für den Umgang mit geschichtlicher Wahrheit nach dem 8. Mai 1945 ist der Umgang der deutschen Nachkriegsbehörden mit den Opferzahlen vom 14. Februar 1945, die, minimierend wie es Brauch wurde wenn es sich um getötete Deutsche handelt, mit „nur" 35.000 Toten beziffert werden. Dabei. hätte die deutsche und die europäische Öffentlichkeit gleichzeitig darauf hingewiesen werden müssen, daß es sich bei die-

ser Vernichtungszahl von 35.000 Toten nur um solche handelte, die durch irgendwelche am Leib noch vorhanden gewesene Identifikationsmerkmale wie Ausweise, Schriftstücke und ähnliches namentlich persönlich identifiziert werden konnten.

Am 14./15. Februar 1945 war zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte der Fall eingetreten, daß die Lebenden, d.h. die am Leben gebliebenen, nicht mehr ausreichten, die Toten nach althergebrachter Sitte zu bestatten, 35.000 Tote konnten nur notdürftig in Massengräbern heimischer Erde übergeben werden. Wegen der massenhaft in der Stadt herumliegenden Leichen mußte die Innenstadt abgesperrt werden, auf aus Straßenbahngleisen hergestellten Rosten wurden je 500 Leichen aufgestapelt und mit Brandbeschleunigern unter freiem Himmel verbrannt.

Die Opferzahlen konnten nicht zuverlässig erfaßt werden, aus der Einwohnerzahl, aus der Bewohnerschaft des umbauten und vernichteten Raums, aus teils erhalten gebliebenen Datenbeständen, z.B. Reichskleiderkarten, Reichslebensmittelkarten und 11 Wassereimern, Eheringen toter Dresdner und den durchziehenden Flüchtlingsströmen. Angesichts dieses ungeheuren, größten seither willentlich und wissentlich ungesühnt gebliebenen größten planmäßig betriebenen Luftkriegsverbrechens hat es **nun Frederick Taylor gewagt, zu bestreiten und in Abrede zu stellen, daß der Luftgangster- und Luftterrorangriff auf die offene Stadt Dresden ein Kriegsverbrechen war.**

Den Engländern ist erst jetzt offenbar mit Zeitverschiebung bewußt geworden, welches Kuckucksei ihnen ihr Churchill hinterlassen hat und welch dunklen Fleck sie auf ihrer Weste haben, den wegzuwischen schwer, wenn nicht unmöglich sein wird. Der Autor Vonneguts hatte in seiner Publikation „Erinnerungen", den angloamerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland als den dunklen Fleck auf der weißen Weste alliierter Kriegsführung eingestanden, was Frederick Taylor nun mit seinem Buch „Dresden: Tuesday 13. February 1945" revidieren will, wie die britische Zeitung „Independet" 2004 vermutet.

Was die Planung und Ausführung des Luftkriegsverbrechens gegen Frauen, Kinder, Greise, Flüchtlinge und Verwundete und sogar gegen alliierte Kriegsgefangene in dortigen Lagern betrifft, ist die nachwachsende Generation in Deutschland in Ergänzung des ihr staatlich angebotenen Lehrstoffes damit bekannt zu machen, daß der Luftangriff auf Dresden auf der Jalta-Konferenz vom 4. – 11. Februar 1945 zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin vereinbart und abgesprochen wurde. Es war den drei „Staatsmännern" umfassend bekannt daß Dresden eine offene Stadt und völlig wehrlos war, FLAK und FLAK-Scheinwerfer waren abgezogen an die schwer ringenden, bedrohten deutschen Fronten, besonders im Osten. Daraus läßt sich fehlerfrei die Planung eines Kriegsverbrechens feststellen und vor aller Welt nachweisen.

Die Sitzungsprotokolle der Jalta Konferenz protokollieren den Wunsch Stalins, wirksamere Angriff auf deutsche Städte zu führen. Der britische Luftmarschall Sir Charles Portal war damit von den „großen Drein" zum willigen Vollstrecker Stalins und des Bolschewismus geworden, auf sowjetischer Seite war der sowjetische Luftmarschall S.V. Chudjakov in die Absprache über das völkerrechtswidrige Luftkriegsverbrechen gegen Dresden einbezogen. Das festzustellen ist wichtig, weil die Sowjets im Kalten Krieg propagandistisch versuchten, sich von der Schuld am Luftterror gegen Deutschland gegenüber ihren einstigen angloamerikanischen Verbündeten freizusprechen.

Der einstige amerikanische Kriegsgefangene Kurt Vonnegut der 1945 in Dresden beim Einsammeln von Leichen geholfen hatte, hat das unfaßliche Geschehen in seinem Werk „Schlachthof-5" festgehalten.

Es ist unumstritten, daß der Angriff auf Dresden ohne jeden militärisch-strategischen Nutzen und ein Endsieg für Deutschland nicht mehr möglich war. Der Angriff wurde geführt, um die Zivilbevölkerung zu treffen und zu vernichten. Diese Argumente werden von den englischen Rezensenten des Taylor-Buches, David Cesarin, vom „Independent" und der Zeitung „Guardian" bestritten, indem sie Taylors verqueren Ansichten folgen. Sie zitieren Taylor wie folgt: „Dresden sei Nazihochburg gewesen, von dort seien die meisten Juden deportiert worden, wo Tausende Zwangsarbeiter beschäftigt und wo Regimegegner hingerichtet wurden." So argumentieren die Rezensenten Taylors, ihm beipflichtend, Dresden sei keine unschuldige Stadt gewesen und der Kriegsausgang sei im Februar 1945 noch völlig offen gewesen.

Wollte man dieser abstrusen Behauptung der Briten folgen, wäre Hitlers Widerstand und Kampf bis zum letzten berechtigt gewesen, was die gleichen Kreise aber wiederum bestreiten. Um sich von Kriegsverbrechen freizusprechen, behauptet Taylor, die Stadt sei wehrlos gewesen, weil Wehrmacht und Flakabwehr an die Fronten verlegt worden wären, und die Dresdner hätten Bunker bauen sollen, doch sie hätten lieber auf den Dächern ihrer Häuser Brandbomben gelöscht, als sich in den Kellergängen wie in einem Ofen braten zu lassen.

Taylor zitiert dann in seinem Buch einen sächsischen Geistlichen, der ihm hinter vorgehaltener Hand sagte, daß die Sachsen in der Wahl ihrer Freunde nie besonders klug waren, weil sie 1813 Freunde Napoleons waren, der bekanntlich ein Feind Englands war.

Taylor sieht den Luftangriff auf Dresden als ein notwendiges Übel und als Strafaktion, als einen Kampf zwischen dem Guten und dem Bösen.

Da der gelernte Historiker Taylor offenbar nicht über Kreuz denken kann, bleibt die Fragestellung an ihn, betreffend Gut und Böse, ob es sich bei ihm um ein psychiatrisches Problem handelt, wenn man an den britisch-sowjetrussischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942 mit dem zugehörigen Geheimprotokoll denkt, das die baltischen Staaten und den Balkan an die Sowjetunion auslieferte. Nach Valentin Bereshkov, einst Stalins Dolmetscher (vergl. St. 514 bei Universitas München) verschlang die Lenin-Stalin-Bolschewisten-Diktatur fast einhundert Millionen Menschenleben.

Es geht Taylor ganz offenkundig nicht um eine militärgeschichtswissenschaftliche Debatte sondern um ein Reinwaschen der anglo-amerikanischen Kriegsführung gegen Deutschland und das Deutsche Volk.

Der Historiker Michael Burleigh zitiert im „Guardian",

Taylor ganz auf Churchill-Linie, der schon, man glaubt es kaum, 1919 einen Luftangriff auf Berlin mit tausend Flugzeugen angedacht hatte, und schon 1925 die Kriegsstrategie konzipierte, zukünftig überhaupt in erster Linie Frauen und Kinder zu töten und den Krieg vornehmlich gegen die Zivilbevölkerung zu führen.
Das Aachener Ordenskapitel sollte die Karlspreis-Verleihung an diesen englischen „Staatsmann“, um seiner eigenen Achtung Willen, zurücknehmen.
Burleigh vom „Guardian“ sieht die These, daß der Luftangriff auf Dresden ein Kriegsverbrechen gewesen sei, als nationalsozialistische Kriegspropaganda und als sowjetische Nachkriegspropaganda an.
Der Publizist Cesarani wirft der deutschen Geschichtsschreibung zur Zerstörung Dresdens vor, sie wolle die deutsche Täterdarstellung endlich aus dem Schatten herausholen, in dem sie wegen der Morde an den Juden stehe. Cesarani wirft dann dem völlig unverdächtigen deutschen Autor W G. Sebald wegen dessen Buch „Luftkrieg und Literatur“ vor, er habe die Holocaustopfer mit den Bombenopfern wie etwa in Dresden auf eine Stufe stellen wollen. Die deutsche Seite wird auch kritisiert, daß Begriffe wie Vernichtung und Auslöschung, in Verbindung mit dem Bombenkrieg gegen Deutschland, nationalsozialistische euphemistische Völkermordbegriffe seien.
Mit dieser Einstellung hat die britische Geschichtsschreibung ihren mangelnden Respekt vor dem Kriegs- und Friedensvölkerrecht, vor der Haager Landkriegsordnung und vor der Internationalen Konvention des Roten Kreuzes unter Beweis gestellt. Europa muß vor derartigen Politikern und Geschichtswissenschaftlern dringend gewarnt werden.

Englands Menschheits- und Kulturverbrechen Der Mord an Dresden

„Aber die Feuerstürme über Dresden mit sechshunderttausend Flüchtlingen in seinen Mauern tobten noch unvermindert, da ließ Churchill seine Bomberbesatzungen, welche erst um neun Uhr ins Bett gekommen waren, um 15 Uhr wieder wecken. Die Besatzung der 1. Bomberflotte erhielt folgenden Befehl: ‚Heute Nacht ist Chemnitz Ihr Ziel. Wir greifen die Flüchtlinge an, die sich, besonders nach dem Angriff auf Dresden in der letzten Nacht, dort sammeln.“

Entsprechend an die 3. Bomberflotte: „Chemnitz ist eine Stadt, etwa sechzig Kilometer westlich von Dresden und ein viel kleineres Ziel. Sie fliegen heute dorthin, um alle Flüchtlinge zu töten, die aus Dresden entkommen sein mögen. Sie werden die gleichen Bombenladungen mitnehmen, und wenn der Angriff heute Nacht ebenso erfolgreich ist, wie der gestrige, werden Sie der russischen Front nicht mehr viel Besuche abstatten.“ (aus „Der Untergang Dresdens“ von David Irving, Gütersloh 1968, S. 193)

Es war ein willkürlicher Vernichtungsakt auf Geist und Gemüt der kulturellen Welt jenseits von Krieg und Schlachtenlärm; er war eine Missetat, die die Geschichte sühnen wird.“ **(Ludwig Bernhard in „Dresden – ein europäisches Märchen“)**

Die Bilanz:

Einwohnerzahl Dresdens 1941 (lt. Neuer Brockhaus)	630.300
Flüchtlinge aus Schlesien (lt. Irving)	600.000
Identifizierte Tote	35.000
Gezählte, nicht identifizierte Tote	220.000
Total zerstörtes Stadtgebiet	14 km^2
Trümmerschutt	22.000.000 m^3
Total zerstörte Wohnungen	75.000
Total zerstörte Krankenhäuser (Dresden war Lazarettstadt), Kulturstätten und Schulen	143

Es war eine Vernichtung millionenfacher Schätze von unwiederbringlichem Kultur- und Kunstwert.

Dresden zur Zeit des Luftangriffes	1.230.300 Menschen
Identifizierte und gezählte Tote	255.000
In den Kellern der Häuser und an anderen Orten der Stadt unter unermeßlichen Qualen Umgekommene, nach zahlreichen Zeugen- und Augenzeugenberichten mindestens	200.000
Todesopfer in Dresden mindestens	**455.000**

Sprachregelung der Feinde Deutschlands: 35.000 Tote in Dresden

Die Perfidie der Luftkriegsführung: „Fliegt hin und verbrennt die Stadt“

Die Luftkriegsführung der Alliierten hatte alle Kriegsregeln gemäß völkerrechtlicher Vereinbarung außer Kraft gesetzt. Es war ein Terror, der sich gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen, Kinder und Greise richtete. „Noch nie seit Menschengedenken waren vor allem die Freiheit von Angst und Not in einem solchen Ausmaß im geplagten Europa mißachtet worden, wie in den Jahren 1940 – 45, als die alliierten Bomberflotten Millionen Menschen von Norwegen bis zu den Pyrenäen und von der Nord- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer in Angst versetzten und eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Not verbreiteten: Rund zwei Millionen Menschen getötet, verwundet und vermißt, 15 Millionen obdachlos, weit über fünf Millionen zerstörte Wohnungen und über 500 Millionen m^3 Trümmermenge, verursacht von fast 2,8 Millionen Tonnen Bomben, die auf Tausende europäische Städte und Ortschaften abgeworfen wurden, davon 955.000 Tonnen Bomben allein auf Deutschland abgeleert bei Nacht und Nebel von der britischen RAF.“ (Czesany: „Alliierter Bombenterror“)

Alliierter Bombenterror

Wer den Ursachen und Absichten des amerikanisch-bolschewistischen Krieges gegen das Deutsche Reich und Europa nachgeht, wird weder die jüdische Kriegserklärung an Deutschland vom 24. März 1933 nach den alliierten Bombenterror gegen Frauen, Greise und Kinder übersehen können, die beide als beschämende Erinnerungen an jenen haften bleiben, die 1940 auszogen, um einen Kreuzzug für die sogenannte Humanität gegen das Deutsche Reich zu führen.

Nach jahrzehntelanger Forschungsarbeit gelang es dem Historiker und Völkerrechtler Czesany, mit der Offenlegung der Tatsachen auch den antieuropäischen, kranken Geist sichtbar zu machen, der in zwei Weltkriegen und bis zum heutigen Tage das Ziel verfolgt, europäische Sitte und Kultur durch die Vernichtung des mitteleuropäischen Kernvolkes aus der Weltgeschichte auszumerzen. Der in dem Buch von Nathan Kaufmann („Germany must perish“, 1941) propagierte satanische Wunsch nach Vernichtung des deutschen Volkes, ist bis zum heutigen Tage nie zurückgenommen worden. („Krieg gegen Europas Zivilbevölkerung“ von Maximilian Czesany)

Wladimir S. Semjonow: „Von Stalin bis Gorbatschow“

Die erschütternden Bilder jener Zeit gehen mir nicht aus dem Sinn: Feuerbrünste, zerstörte Häuser, die zerlumpten Menschen, die vielen Hungrigen an den Feldküchen, wo Suppen ausgegeben wurde.

Besonders schrecklich sind die Bilder von Dresden. Eine starke Frühjahrshitze und die Ausdünstungen einer Viertelmillion Leichen, die nach den anglo-amerikanischen Bombenangriffen unter den Trümmern der Stadt lagen, verschmolzen zu unerträglichem Gestank.

Am **3. Mai 1963** veröffentlichte die Zeitschrift **„New Statesman“** folgendes Bekenntnis des Ministers R. Crossman, der während des Krieges Chef der britischen politischen Kriegsführung gegen Deutschland war: **„Die Zerstörung von Dresden war eines jener Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Urheber man in Nürnberg vor Gericht gestellt hätte, wäre dieses Gericht nicht in ein reines Instrument alliierter Rache verdreht worden.“**

Nahum Goldmann, „Mein Leben“, 1981

Seite 114: „Grundsätzlich handelte es sich um zwei verschiedene Formeln für die Wiedergutmachung. Die eine betraf selbstverständlich jene Individuen, deren Familien ausgerottet und deren Vermögen geraubt worden waren. Daneben wurde aber auch das Prinzip der kollektiven Entschädigung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft formuliert, das ohne Beispiel nicht nur in der jüdischen, sondern in der gesamten menschlichen Geschichte dasteht. Als meine Freunde und ich diese Forderung erstmals proklamierten, hatten die meisten nur ein ironisches Lächeln dafür übrig. Die Folgezeit lehrte aber, daß diese zunächst für ein utopisches Hirngespinst erklärten Prinzipien verwirklicht werden konnten, sowohl was die individuelle wie auch was die kollektive Entschädigung betrifft. Die Maßnahmen der Alliierten, später die deutsche Gesetzgebung, sowie die Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, haben es zustande gebracht.“

Warnung vor Ansteckung - „Chemtrail-Projekt“

Am 27.02.2004 haben wir über Thüringen zum ersten Mal bewußt die chemischen Streifen am Himmel beobachtet. Trotz mehrerer Nachfragen beim Erfurter Gesundheitsministerium haben wir bis heute keine Antwort erhalten!!!

Die Streifen wurden dann wieder am 04.03.2004 nachmittags über Gotha gesehen und fotografiert. Jetzt kommen plötzlich die Meldungen über Bindehautentzündungen. Wir sehen uns veranlaßt, zum Zwecke der Aufklärung folgende Information zu veröffentlichen:

Unter dem Suchwort „Chemtrails“ finden Sie zahlreiche Informationen im Internet. Es soll sich hier um ein geheimes US-Projekt handeln, wodurch die Ozonschicht saniert werden soll. („Raum und Zeit“, Ausg. 127/2004)

Ungekennzeichnete Flugzeuge versprühen eine Aluminium-Lösung im Himmel. Diese „Kondensstreifen" lösen sich nicht wie üblich nach einigen Sekunden oder Minuten auf, sondern quellen zu einer „wabbeligen" Masse am Himmel auf, also künstliche Wolken. Die Sonne verschwindet. Danach erfolgt ein beachtlicher Temperatursturz um bis zu 15° C, also eine künstlich herbeigeführte Abkühlung der Erdatmosphäre.

Die Folgen für die Gesundheit der Menschen: UNO und Weltgesundheitsorganisationen sind bereit, eine in die Milliarden gehende Todeszahl in Kauf zu nehmen!!! („Raum und Zeit")

Gehäuft treten auf: Spontanes Nasenbluten bei intensivem Ausgesetztsein, Atemnot, Kopfschmerzen, Gleichgewichtsstörungen, chronische Müdigkeit, Grippe-Epidemien, Asthma, Bindehautentzündung, Kurzzeitgedächtnisverlust.

Am 27.02.2004 wurden über die Chemtrails folgende Behörden und Institutionen informiert:

Gesundheitsministerium Erfurt, Volker Sklenar; Deutscher Bundestag, Berlin; Thüringer Ministerpräsident Althaus; Innenminister Trautvetter; Staatsanwaltschaften Erfurt und Karlsruhe; Thüringer Allgemeine, Gotha; MDR-Fernsehen; Antenne Thüringen; Frau Dr. Wildauer (PDS-Landtagsabgeordnete); Grundschule und Gymnasium Friedrichsroda

Daran, daß bisher keiner geantwortet hat, sieht man, wie geheim das Projekt ist. Die Gesundheit der Menschen wird wissentlich gefährdet, Aufklärung findet nicht statt. Bei der ständig steigenden Krebsrate ist dies geradezu kriminell von den Verantwortlichen. Wir und unsere Kinder werden hier als Versuchskaninchen benutzt und alle schauen brav zu. Den Verantwortlichen müßte aber bewußt sein, daß sie ja diesen chemischen Dreck selbst auch einatmen und eventuell Krebs kriegen. Dabei soll es aber Mittel zum Gesundheitsschutz geben. Steht diese Medizin nur den Eingeweihten zur Verfügung? Haben sie deshalb keine Angst, weil sie wissen, daß ihnen selbst nichts passiert?

Man kann übrigens die Rückstände dieses in der Luft verbrannten Aluminiums am besten auf dunklen Autos sehen, lauter kleine, längliche, hellgraue „Stippen", die anders als normaler Staub anhaften und beim Wegwischen verschmieren. Gesprüht wird von ungekennzeichneten, grauen Boeings KC-10 oder KC-35 in Höhe von 6 km im einwöchigen Rhythmus. Ungekennzeichnet natürlich wegen zu erwartender Klagen von Menschenrechtsorganisationen. Es werden meist gitterförmige Muster gesprüht, wahrscheinlich bildet sich dann die Wolkendecke am schnellsten und dichtesten. Richten Sie Ihren Blick jetzt öfters zum Himmel: Es gibt sie, die Chemtrails und sie bringen uns nichts GUTES!

entnommen der TLZ vom 13.03.2004

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe EUR __________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 11 65, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel. + Fax: 04261 / 31 06
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Herforder Str. 40, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 87 18-250, Fax: 05733 / 87 18-255
Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.